

blattrot



3, 2, 1, meins!?

Die Juso-Hochschulgruppen kritisieren das Chaos bei der Zulassung zum Studium.

THEMA S. 4

„Wir wollen das soziale Europa!“ SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz im Gespräch.

POLITIK S. 10

An einem Wochenende um die Welt – der **Karneval der Kulturen** in Berlin.

KULTUR S. 14

Kranke Medizin

Für die Mehrheit der Fächer schreibt man sich heute nicht mehr „mal eben“ ein, sondern steht vor einem Marathon aus schriftlichen Bewerbungen, Auswahlgesprächen, Tests und Eignungsprüfungen.

Ein Kommentar
von Marie-Christine Reinert

Will man Medizin studieren, geht das über verschiedene Wege. Hat man einen Abi-Schnitt im oberen Einserbereich, bekommt man über die „Abiturbestenquote“ der ZVS einen Studienplatz – nichts leichter als das! Eine Alternative sind die Auswahlverfahren der Hochschulen, die auch AbiturientInnen mit einem Schnitt jenseits der 1,5 eine Chance auf einen Studienplatz bieten. Schaut man sich das Kriterienwirrwarr aber genauer an, muss man sich die Frage stellen, ob die soziale Selektivität dort nicht sogar höher ist als bei der Abiturnote, die ohnehin auch hier in der Regel anteilig mit einfließt.

Ein vermeintlich besonders gerechtes Auswahlverfahren sind persönliche Auswahlgespräche. Nach welchen Kriterien dort ausgewählt wird und welchen Einfluss dabei Kleidung, Sprachgewandtheit, Habitus und

kostenintensive Coachings haben, lässt sich allerdings schwer nachvollziehen. In Baden-Württemberg wurde nun der vor zehn Jahren ad acta gelegte „Medizintest“ (50 Euro + Anfahrt) wieder ausgegraben. Ob detaillierte Physik- oder Chemiekenntnisse einen guten Arzt ausmachen und ob es darüber hinaus nötig ist, über dieses Wissen bereits vor dem Studium zu verfügen, mag dahin gestellt sein. Vorteile hat hier natürlich, wer es sich leisten kann, ein so genanntes „Vorsemester“ zu absolvieren. Es erscheint zwar seltsam, dass vier Monate Studium bereits vor dem ersten Semester nötig sein sollen, aber für läppische 1.828 Euro plus Unterkunft – warum nicht?

Wenn das alles nicht klappt, hat man nach nur elf Semestern Wartezeit seinen Studienplatz tatsächlich sicher. Stattdessen kann man sich aber auch einfach einklagen. Dieses etwa 5.000 Euro teure Vergnügen ist dann die Krönung des ach so gerechten Wegs zum Medizinstudium und natürlich völlig unabhängig von sozialer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern.

Mehr Studienplätze braucht das Land...

von Florian Hillebrand

Bund und Länder verhandeln derzeit über eine Fortsetzung des sogenannten Hochschulpaktes. Bereits 2006 einigten sich Bund und Länder unter diesem Label darauf, von 2007 bis 2010 gemeinsam dafür zu sorgen, dass 90.000 neue Studienplätze in Deutschland geschaffen werden. Diese zusätzlichen Studienplätze werden benötigt, da mit einer rasant steigenden Zahl von Studienanfängerinnen und -anfängern gerechnet wird. Grund dafür sind die starken Geburts- und doppelten Abiturjahrgängen in vielen Bundesländern. Die Finanzierung sollte von Bund und Ländern zu gleichen Teilen übernommen werden.

Auswahlverfahren einzuführen statt Studienplätze aufzubauen ist ein Skandal.

Zwar war die erste Runde des Hochschulpaktes ein guter Aufschlag, jedoch bleibt die Erfolgsbilanz eher schwach: Es wurden bei weitem nicht so viele Studienplätze von den Ländern geschaffen wie vereinbart, beispielsweise im ersten Jahr nur rund 2.500 von geplanten 12.800. Statt ausreichend neue Studienplätze zu schaffen, haben die Länder sich vielfach dafür entschieden neue und hoch selektive Auswahlverfahren einzuführen. Diese Praxis ist ein Skandal, der auf dem Rücken der Studierwilligen ausgetragen wird. Die Länder müssen dringend nachsteuern und bis Ende 2010 die vereinbarten 90.000 zusätzlichen Studienplätze aufbauen.

Für die zweite Runde des Hochschulpaktes ist ein noch deutlich massiverer Aufbau an Studienplätzen notwendig. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, 40% eines Altersjahrgangs an die Hochschulen zu bringen, aber bisher bei weitem nicht genug getan, um dieses Ziel zu erreichen. Wagt

man hier einen internationalen Vergleich, kommen schockierende Ergebnisse zu Tage: Im OECD-Durchschnitt beginnen 56% eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium – eine Zielmarke, der sich Deutschland mit aktuell weniger als 35% dringend annähern muss.

Um dieses Ziel zu erreichen, kann der Hochschulpakt ein Einstieg sein. Klar ist, dass er mehr sein muss als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Aber die Schaffung so vieler neuer Studienplätze ist nicht ganz billig. Im ersten Hochschulpakt sind pro Studienplatz im Durchschnitt 5.500 Euro an die Hochschulen geflossen. Ein viel zu niedriger Betrag, der dazu geführt hat, dass primär kostengünstige Studienplätze geschaffen wurden. Studiengänge, die auf Grund von Laborzeiten oder höherem Betreuungsbedarf höhere Kosten verursachen, blieben weitestgehend auf der Strecke. Um einen Anreiz zu schaffen, dass auch teurere Studienplätze wie solche in Medizin geschaffen werden, müssen die Kosten pro Studienplatz im Hochschulpakt II deutlich höher bemessen werden.

Es geht aber nicht alleine darum neue Studienplätze aufzubauen. Da der Bedarf an Studienplätzen in den Bundesländern auf Grund von Demografie und regionalen Besonderheiten sehr unterschiedlich ausfallen wird, muss insbesondere auch dafür gesorgt werden, dass keine Studienplätze abgebaut werden. Denn die Schaffung eines neuen Studienplatzes ist deutlich teurer und aufwändiger als der Erhalt des bisherigen Angebots.

Und noch ein dritter Punkt ist wichtig: Überfüllte Hörsäle, ein zu knappes Seminarangebot, schlecht ausgestattete Räumlichkeiten und fehlende Sprechstunden sind an den Hochschulen eher Normalfall als Ausnahme. Deshalb muss vor allem mehr Personal her. Die Betreuungsrelation, also das Verhältnis von ProfessorInnen

und Zahl der zu betreuenden Studierenden, muss deutlich verbessert werden. Der Wissenschaftsrat – ein Beratungsgremium von Bund und Ländern – hat hierzu eine nach eigenen Aussagen konservative Berechnung erstellt: zur Verbesserung der Lehre sind 1,1 Milliarden Euro jährlich notwendig! Rechnet man den Bedarf in den verschiedenen Bereichen zusammen, so werden insge-

Alle Studierwilligen müssen einen Studienplatz erhalten.

samt rund 25 Milliarden Euro in den Jahren 2011 bis 2015 aufzubringen sein. Dies macht die Verhandlungen so kompliziert und langwierig. Die zuständigen WissenschaftsministerInnen haben sich zwar mittlerweile geeinigt. Bevor die Regierungschefs von Bund und Ländern am 4. Juni entscheiden können, müssen aber die FinanzministerInnen dem Hochschulpakt II ihren Segen geben. Wir meinen: Der Aufbau von Studienplätzen ist überfällig und darf jetzt nicht am Geld scheitern. Dafür ist die Zukunft unserer Hochschulen zu wichtig!

Bund und Länder müssen dafür sorgen, dass alle Studierwilligen auch einen Studienplatz erhalten, jede Form von Auswahlverfahren wieder abgeschafft wird und sich damit die Studierquote dem OECD-Durchschnitt annähert. Dabei muss außerdem das komplette Fächerspektrum abgedeckt werden. Das wären entscheidene Schritte in die richtige Richtung. Nur muss es jetzt endlich mal losgehen!



Impressum**blattrot**

Herausgeber
Juso-Hochschulgruppen
Willy-Brandt-Haus
10911 Berlin
Tel.: (030) 25991-285

Redaktion

Erkan Ertan
Florian Hillebrand
Jan Krüger
Marie-Christine Reinert
Kerstin Rothe
Ninja Schmiedgen
Martin Timpe

Gestaltung, Illustration und Satz

BASICS09, Berlin

Druck und Vertrieb

vorwärts Verlagsgesellschaft
mbH, Berlin

3, 2, 1, meins!?

Mit einem neuen System der Hochschulzulassung werden Symptome anstelle von Ursachen bekämpft. Das eigentliche Problem liegt in einem falschen Verständnis von Hochschulautonomie und dem chronischen Mangel an Studienplätzen.

Leitartikel von Erkan Ertan

Das Grundgesetz garantiert „das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen“. Seit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1972 soll die Studienplatzwahl für den Hochschulbereich frei erfolgen und darf nur im Falle eines temporären Mangels an Studienplätzen

Ein Schauspiel, das man nur als Schmierentheater bezeichnen kann.

eingeschränkt werden. Um diesen zu verwalten, wurde deshalb 1973 die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) aus der Taufe gehoben. Sie sollte möglichst allen Bewerberinnen und Bewerbern trotz überfüllter Studiengänge die Aufnahme eines Studiums ermöglichen. Von einem „temporären Mangel“ kann aber nach 35 Jahren schon längst nicht mehr die Rede sein. Studienplätze wurden und werden bis heute nicht in ausreichender Zahl geschaffen, so dass Jahr für Jahr das Chaos beim Kampf um die knappen Studienplätze von Neuem beginnt.

Mit der Novelle des Hochschulrahmengesetzes im Jahr 1999 wurden die Grundlagen für die Hochschulzulassung umfassend ge-

ändert. Seitdem können 60 Prozent der verfügbaren Studienplätze durch die jeweilige Hochschule selbst vergeben werden. Ziele waren eine größere Autonomie der einzelnen Hochschule und ein System, das garantiert, dass die Hochschule und ihre Studierenden besser zueinander passen. Es gibt viele gute Argumente, die gegen ein solches Auswahlrecht der einzelnen Hochschule sprechen. Beispielsweise ist empirisch nachgewiesen, dass durch die viel gerühmten persönlichen Auswahlgespräche solche Bewerberinnen und Bewerber bevorzugt werden, die in ihrem Verhalten, Auftreten, in Kleidung und Sprache, den Menschen auf der anderen Seite des Tisches möglichst ähnlich sind. Das widerspricht ganz eindeutig dem Ziel der gleichen Chancen für alle und kann nicht im Sinne einer fortschrittlichen Hochschulpolitik sein.

Die zwangsläufig auftretenden Probleme bei der Verteilung viel zu weniger Studienplätze auf die glücklicherweise steigende Zahl der Bewerberinnen und Bewerber haben sich immer weiter zugespitzt, bis schließlich selbst den dogmatischsten Befürwortern der autonomen Hochschule klar wurde, dass die Bewerbungen der Studieninteressierten bundesweit koordiniert werden müssen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) beschloss deshalb im Jahr 2007, die ZVS zu einer Serviceeinrichtung der Hochschulen umzubauen und ihr diese Aufgabe zu übertragen.

Seitdem wird der geneigte Zuschauer Zeuge eines Schauspiels, das man nur als Schmierentheater bezeichnen kann. Die Hauptrollen spielen: die KMK, die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Bundesbildungsministerin Annette Schavan und die ZVS. Der großen Mehrheit der KMK und der Bundesbildungsministerin ist offensichtlich ein Höchstmaß an Hochschulautonomie wichtiger als die Interessen der Studieninteressierten und die Durchsetzung von Chancengleichheit bei der Hochschulzulassung. Die HRK will ihr Lieblingsspielzeug

Die Ausnutzung aller Kapazitäten sicherzustellen, ist Aufgabe der Politik.

nicht aufgeben und hält krampfhaft an einem privaten Unternehmen fest, das die Zulassung ausländischer Studierender organisiert. Und die ZVS wird fortlaufend mit immer neuen Anforderungen an ein System der Hochschulzulassung konfrontiert, um dann anschließend zu behaupten, diese staatliche Institution sei mit der Aufgabe überfordert, die Studienbewerbungen bundesweit zu koordinieren.

Systematisch wurde so die Einführung eines neuen Verfahrens der Hochschulzulassung zum kommenden Wintersemester verhindert. Der Start eines neuen Systems wird nun erst im Wintersemester 2011/12 erfolgen können. Bis dahin gilt ein Übergangsverfahren, das sich durch gemeinsame Fristen aller Hochschulen für die Bewerbung und Zulassung zum Studium auszeichnet. Im Zentrum dieses Verfahrens steht eine Studienplatzbörse im Internet, die kritisch durchaus als „Studienplatz-Ebay“ bezeichnet werden kann. Zahlreiche Probleme sind noch zu bewältigen, viele Fragen bisher ungelöst – man wird sehen, ob zum Wintersemester 2011/12 endlich eine technische Lösung gefunden sein wird, die eine bundesweite Koordinierung ermöglicht.

Sollte dies gelingen – und die bisherigen Entwicklungen lassen Zweifel daran durchaus angebracht erscheinen – wird es dennoch lediglich eine technische Lösung sein. Politisch gelöst wären die Probleme bei der Hochschulzulassung erst, wenn das Kurieren der Symptome durch eine entschlossene Beseitigung der Ursachen ersetzt würde. Dazu müssten endlich ausreichend ausfinanzierte Studienplätze zur Verfügung gestellt werden, um allen Interessierten den Weg an die Hochschule zu öffnen. Außerdem muss endlich Schluss sein mit der unsinnigen Vorstellung, dass die Zulassung zum Studium ein Bestandteil von Hochschulautonomie sei. Die freie Gestaltung interner Entscheidungsprozesse und Strukturen ist das eine – das Recht junger Menschen auf einen Studienplatz ist das andere. Die Durchsetzung dieses Rechts zu garantieren und eine Ausnutzung aller vorhandenen Kapazitäten an den Hochschulen sicherzustellen, ist eine Aufgabe demokratischer Politik. So lange Bildungspolitiker und Hochschulpolitikerinnen im Bund und in den Ländern sich vor dieser Verantwortung drücken, werden wir auch in Zukunft nur an Symptomen herumdoktern anstatt die wirklichen Probleme zu lösen.

Die Lösung wird nur mit bundesweit einheitlichen, gesetzlichen Regelungen gelingen.

Die Lösung wird nur gelingen, wenn es bundesweit einheitliche Regeln gibt, die gesetzlich festgeschrieben und durchgesetzt werden. Solche Regeln können dann auch bundesweit in einem transparenten und gerechten Verfahren, an dem alle Hochschulen teilnehmen müssen, umgesetzt werden. Es darf nicht länger ein offensichtlich gescheitertes Autonomieexperiment der Hochschulen auf dem Rücken der Studieninteressierten ausgetragen werden. Diese organisierte Verantwortungslosigkeit muss ein Ende haben – und zwar schnell!

ZVS**1952 – 1967**

Die Zahl der StudienanfängerInnen verdoppelt sich von ca. 25 000 auf über 50 000.

ab 1960

Immer mehr Hochschulen greifen zum Numerus Clausus, um die Zahl der StudienanfängerInnen zu begrenzen.

1967

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz richtet die zentrale Registrierstelle für Studienbewerber ein. Sie scheitert jedoch an den unterschiedlichen Regelungen der Ländergesetze.

1969

Grundgesetzänderungen im Zuge der Finanzreform geben dem Bund die Möglichkeit ein Hochschulrahmengesetz zu erlassen.

30. Okt. 1970

In ihrem Bildungsbericht schlägt die Bundesregierung einen Fünfjahresplan zur Beseitigung des Numerus Clausus vor.

18. Juli 1972

Das Bundesverfassungsgericht urteilt, dass jeder Deutsche prinzipiell das Recht auf einen Studienplatz hat. Der Zugang zu einer staatlichen Ausbildungsstätte darf nur unter strengen Voraussetzungen begrenzt werden.

01. Mai 1973

Inkrafttreten des ersten Staatsvertrags der Länder über die Gründung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS). Sie verteilt seitdem in Fächern mit einem bundesweiten NC die Studienplätze.

Es gibt eine Lösung – man muss sie nur wollen

Ein Gastkommentar von Dr. Ulf Bade

Der Karikaturist der GEW-Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ hat das Problem neulich auf den Punkt gebracht. Er zeichnete einen übernachtigen jungen Mann, der verzweifelt am Schreibtisch vor seinem Computer sitzt. Vor seiner Zimmertür spielt sich unter Erwachsenen folgender Dialog ab. Frage: „Der? Fast fertig mit dem Studium?! Nach einem Jahr?!“ – Antwort: „Mit dem Studium der Bewerbungsfristen, der Fächerkombis und der Zulassungsbedingungen.“

Dabei ließe sich mit ein wenig Pragmatismus der Übergang von der Schule zur Hochschule deutlich transparenter gestalten und schneller abwickeln. Nutznießer wären vor allem die Studienplatzbewerber, aber auch die Hochschulen, die administrativ entlastet würden, ohne ihre Auswahlmöglichkeiten zu schmälern.

Dass eine zentrale Institution in der Lage ist, ein solches Serviceverfahren für die Hochschulen fehlerfrei und termingerecht umzusetzen, steht außer Frage. In den bald 36 Jahren ihrer Existenz hat die ZVS insgesamt zwölf unterschiedliche Arten von Vergabeverfahren durchgeführt. Durchschnittlich alle drei Jahre hat die Politik die Regeln der Studienplatzvergabe geändert. Alle Änderungen hat die ZVS fehlerfrei umgesetzt. In dieser Zeit ist noch niemals ein Termin geplatzt, noch nie musste das Ergebnis eines technischen Vergabelaufs korrigiert werden. Die ZVS ist zwar für die von den Ländern vorgegebenen Regeln, die sie anzuwenden hatte, heftig kritisiert worden, ihre technische und administrative Leistungsfähigkeit ist aber nie in Zweifel gezogen worden. Und ich sehe auch niemand anderen, der in der Lage wäre, ein Serviceverfahren für alle Hochschulen kurzfristig anzubieten und durchzuführen.

Ehe die große, vor allem von der HRK favorisierte Datenbanklösung zur Verfügung steht – und das wird nicht vor dem Wintersemester 2011/12 sein – bietet die ZVS Übergangsweise ein Verfahren an, in dem Anträge und Unterlagen hochschulübergreifend bearbeitet werden können, die Entscheidung aber, wer nach welchen Kriterien ein Studienangebot erhält, vor Ort in der Hand der Hochschulen verbleibt. Sie allein stellen unter ihren Bewerberinnen und Bewerbern Ranglisten auf. Entscheidend für die Wirksamkeit eines solchen Verfahrens ist aber, dass die Hochschulen mit der überwiegenden Zahl ihrer zulassungsbeschränkten Fächer mitmachen. Wer von mehreren Hochschulen einen Studienplatz angeboten bekommt, erhält nur eine Zulassung, und zwar für das Angebot, das in der persönlichen Wunschliste am höchsten eingestuft worden ist. Alle anderen Angebote können simultan an bisher noch unversorgte Studieninteressierte weitergegeben werden.

In der Umwandlung von der alten Zentralstelle in die neue Serviceagentur ist die ZVS längst weiter, als es vielfach in der Hochschulwelt wahrgenommen wird.

Was ist die ZVS?

Die ZVS wurde nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1973 eingerichtet. Aktuell müssen sich BewerberInnen in neun verschiedenen Studiengängen an die Zentralstelle wenden. Dort bearbeiten 120 Beschäftigte 120.000 Anträge pro Semester.

01. Mai 1975

Zwei Jahre nach ihrer Gründung vergibt die ZVS in bereits 38 Fächern Studienplätze. Ab den 80er Jahren pegelt sich die Zahl bei acht bis zehn ein.

26. Jan. 1976

Das erste Hochschulrahmengesetz tritt in Kraft. Es soll eine einheitliche Regelung des Hochschulzugangs sicherstellen.

1976 – 2004

Das Hochschulrahmengesetz wird insgesamt 16 Mal geändert. Jeweils ändert sich auch das Vergabeverfahren durch die ZVS.

19. Jan. 1999

Mit der Neufassung des Hochschulrahmengesetzes dürfen die Hochschulen einen Teil ihrer Studienplätze selbst vergeben.

30. Jan. 2004

Der Wissenschaftsrat mahnt eine zentrale Stelle an, die alle Studienbewerbungen in Deutschland koordiniert.

15. Juni 2007

Die Kultusministerkonferenz beschließt die ZVS in eine Servicestelle umzuwandeln. Sie soll unter anderem ein zentrales Informationsportal für die StudienbewerberInnen betreiben.

02. März 2009

Die Entwicklung der Software für das Zulassungsverfahren verzögert sich. Bis zum Start im Wintersemester 2011/12 soll es ein Übergangsverfahren geben.

Hochschulen öffnen!

Vier Fragen an die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD)

Jan Krüger im Gespräch mit Doris Ahnen

Was spricht dafür, Hochschulen für beruflich Qualifizierte zu öffnen und reicht der Beschluss der KultusministerInnen vom 6. März dafür aus?

Für die weitergehende Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte spricht zweierlei: Deutschland braucht mehr Akademikerinnen und Akademiker, um auf Dauer im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Vor allem aber auch aus Gründen der Chancengleichheit müssen wir die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen. Die Einigung in der KMK ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber der Prozess, die Hochschulen für Menschen mit qualifizierter Ausbildung ohne Abitur weiter zu öffnen, muss unbedingt weitergehen.

An welchen Punkten möchte das Land Rheinland-Pfalz noch darüber hinausgehen?

Wir wollen die Hürden für beruflich Qualifizierte auf dem Weg in die Hochschulen weiter senken und Fächerbeschränkungen lockern. Menschen mit einer qualifizierten Berufsausbildung und zweijähriger Erfahrung im Beruf sollen ohne den Umweg über ein Probestudium oder eine Eingangsprüfung direkt an Fachhochschulen ohne Fächerbeschränkung und an Universitäten in berufsnahen Fächern studieren können.

Wie können die Widerstände der Hochschulen und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) überwunden werden?

Die KMK in ihrer Gesamtheit und die Hochschulrektoren sind gar nicht so weit auseinander. Die HRK hat ein deutliches Signal gegeben, dass auch sie zu einer groß-

zügigen Öffnung des Hochschulzugangs steht. Zum anderen bin ich zuversichtlich, dass die anvisierten Gespräche mit der Hochschulrektorenkonferenz die Basis der Unterstützung für die Erweiterung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter weiter verbreitern und letzte Zweifel aus dem Weg räumen werden.

Was muss getan werden, um den Zugang von beruflich Qualifizierten nicht an finanziellen Hürden scheitern zu lassen?

Es ist und bleibt Zielsetzung der sozialdemokratischen Politik, möglichst vielen jungen Menschen ein Studium zu ermöglichen. Dazu gehört auch, dass wir keine Studiengebühren erheben, sondern ein gebührenfreies Erststudium ermöglichen. Davon profitieren selbstverständlich auch beruflich Qualifizierte.

Rechtsweg nicht ausgeschlossen

Ein Bericht von Martin Timpe

Sotretuherzig die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) auch beteuern mag, dass Universitäten und Fachhochschulen sich größte Mühe geben, jeden vorhandenen Studienplatz zu besetzen – es gibt Fakten, die das Gegenteil belegen. Jahr für Jahr gelingt es zahlreichen Bewerberinnen und Bewerbern, einen Studienplatz „einzuklagen“. Die Hochschulen müssen für jedes Semester ihre Kapazitäten neu berechnen,

weil sie gesetzlich verpflichtet sind, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Studienplätze anzubieten. Eine Offenlegung dieser Berechnungen scheuen die Hochschulleitungen wie der Teufel das Weihwasser. Lieber bieten sie den im Vergleich zur Gesamtzahl der BewerberInnen relativ wenigen, die sich einklagen, einen Studienplatz an. Die einzig plausible Erklärung für diese Strategie ist ein prinzipiell zu niedriger Schlüssel bei der Kapazitätsberechnung. Dafür kann man die Hochschulleitungen zu Recht kritisieren. In der Verantwortung wären aber auch die Landesregierungen, die – und das

ist der eigentliche Skandal – ihre Möglichkeiten, die Hochschulleitungen effektiv zu kontrollieren, mittlerweile durch Personalabbau so stark reduziert haben, dass sie dem Treiben der Hochschulen tatenlos zusehen müssen. Wie viel Unsinn muss noch passieren, bis verantwortliche Politikerinnen und Politiker bereit sind, das Konzept der autonomen Hochschule kritisch zu hinterfragen?



Solidarität, gut gekühlt.

von Veith Lemmen

In Frankreich gehen fünf Millionen Menschen auf die Straße und solidarisieren sich – in Deutschland undenkbar. Ein mittelmäßiger Demonstrant macht sich auf die Suche nach Solidarität und zivilem Ungehorsam.

Schweinekalt am Hintern. Wir sitzen hier jetzt auch schon knapp zehn Minuten. Ich hätte mir für mein Gesäß ein Sitzkissen mitbringen sollen, oder zumindest einen Müllsack, damit meine Hose das Wasser vom Asphalt nicht aufsaugt. Zum zwölften Mal schlägt die Ampel nun schon um und wieder ist das grüne Männlein zu sehen. Ja, ich gebe zu: Ich würde am liebsten aufstehen und losgehen, wie das kleine Ampelmännchen vorschlägt. Aber das geht nicht, denn ich sitze untergehakt mit rund 80 Leuten auf einer Kreuzung in der Innenstadt. Das ist auch sinnvoll. Aber wie soll das ein frierendes Hinterteil begreifen? Vermutlich gar nicht. Jedenfalls macht es seinen gesamten Einfluss auf den Kopf geltend, um mir zu sagen, dass es weg will. Aber das „wichtigste“ grüne Männlein auf der Kreuzung, nämlich der Einsatzleiter der Polizei, denkt gar

nicht daran den anderen grünen Menschen grünes Licht für die Räumung der Kreuzung zu geben. Ist ja auch gut so, aber nicht einmal die erste Aufforderung gab es. Es kann also noch was dauern. Ich bin hier für eine gute Sache, von der ich überzeugt bin. Trotzdem war meine Moral schon größer als bei sechs Grad im Nieselregen. Aber den Streikbrecher werde ich sicher nicht spielen, ich bleib sitzen.

Um Solidarität zu erzeugen und uns selbst Mut zu machen fangen wir an „Hinsetzen!“ und „Solidarisieren! Mit demonstrieren!“ zu skandieren. Um uns herum stehen unglaublich viele Menschen. Da sind – abgesehen von Ordnungskräften – Familien, Rentnerinnen und Rentner, Schülerinnen und Schüler, Handwerker, Migrantinnen und Migranten, Geschäftsleute und Schlipsträ-

ger. Wir haben viel Aufsehen erregt. Doch die Reaktionen auf unsere Aufforderungen sind ernüchternd. Niemand bewegt sich, es wird nur geglottzt.

Das macht mich wütend. Warum friere ich mir hier eigentlich den Hintern ab, hol mir eine dicke Erkältung und niemand setzt sich dazu? „Ja, das fragt man sich schnell in Deutschland. Ich habe Streiks und Demos in Frankreich mitgemacht. Da geht es ganz anders zu Sache und es gibt ein viel größeres Verständnis in der Bevölkerung für diese Form des politischen Protests. Außerdem machen viel mehr mit, vom Jugendlichen über den Arbeitslosen, die Studentin, bis hin zur Oma. Die Versammlungen gehen schnell in die Hunderttausende. Bei Generalstreiks stehen Millionen zusammen“, sagt eine Studentin mit blonden, nassen

Haaren. Sie sitzt mir schräg gegenüber und schaut mich durchdringend und kämpferisch an. Man erkennt schnell, dass sie keine Schönwetterdemonstrantin ist. Sie lebt dafür. Regen tropft ihr von der Nasenspitze.

Jetzt erst begreife ich, dass ich meine Gedanken laut ausgesprochen habe und sie darauf geantwortet hat. Und ich begreife, dass sie Recht hat. Da geht es doch in Deutschland ganz anders zu. Arbeiten hier Interessengruppen einfach weniger zusammen? Kümmerst die Menschen das Wohlergehen der anderen nicht? Und wenn ja, woran liegt das? Sind die Menschen einfach unmotiviert?

Da gibt es doch die Idee des Bildungsstreiks, dessen Organisation an vielen Orten in Deutschland bereits in der kalten Jahreszeit begonnen hat. Kann man hier Ansätze finden, wie mehr Solidarität in der Bevölkerung erreichbar wäre? Das Besondere am Bildungsstreik: Er soll vom 15.-19. Juni dezentral stattfinden und zwar mit – wie es im Aufruf heißt – pluralistischen Aktions-

Wer Solidarität will, muss sich vor allem an die eigene Nase packen.

formen. Und noch mehr ist dort zu lesen, nämlich dass „anhaltende Proteste gegen Studiengebühren und Sozialabbau in den letzten Jahren bei den Verantwortlichen in Medien, Wirtschaft und Politik zu wenig Wirkung gezeigt haben“ und deswegen das Mittel des Bildungsstreiks zur Wahrnehmung demokratischer Rechte gewählt wird. Soweit, so gut! Studiengebühren nehmen bei den anstehenden Protesten offenbar eine wichtige Rolle ein, was ja auch völlig in Ordnung ist. Doch es wird auch der allgemeine Sozialabbau genannt, was über die reine studentische Interessenpolitik hinaus geht und sicherlich ein wichtiger Faktor wäre, um auch andere Menschen zu motivieren. Natürlich nur, wenn es auch ernst gemeint ist und in der Umsetzung mit Leben gefüllt wird.

Das, so scheint es mir, geschieht aber vor Ort in den vielen Organisations- und Bündnisgruppen tatsächlich. Da fällt mir zum Beispiel ein Gespräch mit Annett aus Dresden vor einigen Wochen ein. Ich kann mich gut daran erinnern, weil ich sie für ihren

Kampfgeist bewundert habe. Wie sie da vor mir stand, angestachelt vom festen Willen in Sachsen was Tolles mit dem Bildungsstreik zu erreichen und eben auch Solidarität zu erzeugen. „In Dresden wird am 17. Juni die landesweite sächsische Demo stattfinden. Deshalb sind wir eng vernetzt mit den Gruppen aus Chemnitz und Leipzig. Innerhalb von Dresden finden alle zwei Wochen Treffen mit 20 bis 25 Leuten statt, um die Aktionen vor Ort zu organisieren. Daran nehmen viele Gruppen teil, angefangen von Hochschulgruppen und studentischen Initiativen bis hin zum StadtschülerInnenrat. Wir wollen mit dem Bildungsstreik erreichen, dass viele Menschen angesprochen werden“, sagte Annett. Das scheint in Dresden im Bezug auf den Bildungsbereich, also von SchülerInnen über Studierende, den Mittelbau bis hin zu Lehrenden, zu passieren.

Aber wie sollen die Menschen angesprochen werden, die keinen direkten Bezug zu den Hochschulen haben oder die Notwendigkeit nicht sehen für bessere Bildung zu demonstrieren? Eben solche, die sich – teilweise voller Unverständnis – anschauen, wie die anderen Demonstrierenden und ich auf der Kreuzung sitzen, die aber bisher nie auf die Idee gekommen sind sich zu solidarisieren. „Wir wollen einen alternativen Campus einrichten in einem Zirkuszelt, zu dem alle Menschen eingeladen sind. Dort sollen Vorlesungen und Workshops stattfinden, zum Beispiel Jonglieren. Auf dem Altmarkt werden wir bei der landesweiten Demo zeigen, dass wir nicht einfach nur Contra sind, sondern auch Konzepte haben. Wir wollen mit den Menschen ins Gespräch kommen, auch im Bezug auf andere Themen“, erklärte mir Annett in Berlin. Auch Leute aus Bayern, Potsdam, Nordrhein-Westfalen und Berlin berichteten mir daraufhin von kreativen Aktionen, mit denen sie Aufmerksamkeit und Unterstützung erzielen wollen. Der Bildungsstreik wird also eine spannende Sache.

Wenn wir Studierenden aber längerfristig Solidarität erreichen wollen, müssen wir uns vor allem mal an die eigene Nase packen. Da sitze ich hier auf der Kreuzung, mit klammem, kaltem Po. Ich bin, wie viele andere auf der Kreuzung auch, beleidigt, dass uns die umstehenden Leute nicht unterstützen. Ganz schön arrogant. Schließlich kostet es mich insgeheim Überwin-

dung sitzen zu bleiben, obwohl ich für die Verbesserung meiner ganz persönlichen Situation kämpfe. Wie kann ich da erwarten, dass sich Menschen, die nicht direkt betrof-

Wie gerne würde ich mit meiner Oma im Chor rufen „Solidarisieren! Mit demonstrieren!“.

fen sind, solidarisieren? Das kann ich nur, wenn ich mich umgekehrt genauso bedingungslos für ihre Ziele einsetze. Genau damit muss ich beginnen, wenn ich ein breites Verständnis im Land erreichen will, wenn ich den Traum von Millionen Demonstrierenden auf den Straßen realisieren möchte.

Erst wenn die Studierenden sich beispielsweise auch in großer Zahl für höhere Renten, bessere Löhne und einen fairen Umgang mit Arbeitslosen einsetzen, können sie Solidarität einfordern. Ich werde also genauso mit den Menschen, die gerade um mich herum stehen und nur stumpf zusehen, auf die Straße gehen müssen, seien es Kindergartenkinder mit ihren jungen Eltern, Arbeitslose oder Rentnerinnen und Rentner. Erst wenn ich mir konsequent den Hintern auch für andere Belange durchfriere, kann ich erwarten, dass die Leute sich dazu setzen.

Und was wäre das für ein Zeichen des Zusammenhalts gegen soziale Ungerechtigkeiten des Staates, wenn plötzlich die Insassen der Autos Verständnis hätten? Was wenn die Kinder auf der Kreuzung zwischen den Blockierenden Fangen spielen und eilig für die Rentnerinnen und Rentner Bänke geholt würden, weil auch sie sich dazu setzen wollen? Dann wäre die Zustimmung da. Die Polizei könnte die Kreuzung nicht mehr so einfach räumen, denn es gäbe einen großen Zusammenhalt in der Bevölkerung. Die Politik müsste dem zivilen Ungehorsam viel mehr Gehör schenken. Und zu guter Letzt: Wie gerne würde ich mit meiner Oma im Chor rufen: „Solidarisieren! Mit demonstrieren!“.

Ich würde Barroso auf die Füße treten

Martin Schulz, Spitzenkandidat der SPD für die Europawahl am 7. Juni, über die Philosophie eines hemmungslosen „Bereichert Euch!“ und ein besseres Europa

Florian Hillebrand im Gespräch mit Martin Schulz

Aktuell haben wir in der EU nicht nur eine Wirtschaftskrise, sondern auch eine institutionelle Krise, wenn der Ratspräsident der EU das Misstrauen ausgesprochen bekommt. Hat der Vertrag von Lissabon überhaupt noch eine Chance?

Schwer zu beantworten. Das hängt vom tschechischen Senat ab. Tschechien ist jetzt in einer Regierungskrise und da ist unvorhersehbar wie der Senat abstimmen wird. Ich hoffe jedenfalls, dass der Vertrag noch eine Chance hat.

Wäre der Vertrag von Lissabon überhaupt gut für ein friedliches und soziales Europa? Muss ein Grundlagenvertrag nicht wirtschaftspolitisch neutral gehalten sein, wie unser Grundgesetz? Und gehen wir mit dem Vertrag eine Verpflichtung zur Aufrüstung ein?

Sicher geht man mit dem Vertrag keine Verpflichtung zur Aufrüstung ein. Der Grundlagenvertrag der Europäischen Union ist nicht vergleichbar mit einer Verfassung eines souveränen Staates, wie das Grundgesetz. Und das, was der Lissaboner Vertrag vor allen Dingen im Verhältnis zum jetzt gültigen Nizza-Vertrag beinhaltet, ist ein Mehr an sozialer Verbindlichkeit und vor allen Dingen einen deutlichen Ausbau der Legislativrechte des Europäischen Parlaments. Übrigens Grundvoraussetzung für mehr soziale Gerechtigkeit ist immer mehr Parlamentarismus. Das ist eine entscheidende historische Erfahrung, gerade der Arbeiterbewegung. Die nationalen Parlamente werden durch den Lissaboner Vertrag gestärkt gegenüber ihren Regierungen und die Volksinitiative, also die unmittelbare plebiszitäre Mitwirkungsmöglichkeit von Menschen in Europa, ist in dem Vertrag vorgesehen. Viele Gründe ihn in Kraft zu setzen.

Wir sind wahrscheinlich in der tiefsten Rezession seit dem 2. Weltkrieg. Was hat aus deiner Sicht zu der Krise geführt und hätte Europa sie verhindern können?

Deregulierte Märkte, zu wenig Transparenz, die Philosophie eines hemmungslosen „Bereichert Euch!“. Und wenn es darum geht, ob Europa die Krise hätte verhindern können: Ja. Ich glaube, wenn die Mehrheit der konservativ regierten Staaten in Europa, die 19 der 27 Staats- und Regierungschefs, die Rechts oder Mitte-Rechts angesiedelt sind, früher auf uns gehört hätten, statt darüber zu lachen, dass wir die regulierten Märkte, die kontrollierten Märkte, die Schließung von Steueroasen, die Regeln für Hedge-Fonds und Private-Equity oder die Transparenzregeln für Rating-Agenturen gefordert haben, dann hätten die europäischen Staaten sicher einen Beitrag dazu leisten können die Krise zu verhindern.

Die Forderung der Jusos ist es, endlich ein soziales Europa zu verwirklichen. Wie sieht ein soziales Europa für dich konkret aus?

Dass der Vorrang des sozialen Schutzes, den wir über 140 Jahre im Rahmen der Sozialökonomie hart erkämpft haben, auch im Rahmen der transnationalen Ökonomie, also im europäischen Binnenmarkt gilt. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir nicht die Freiheiten des Binnenmarktes und die Freizügigkeit von Dienstleistungen, Kapitalwaren und -personen vor die individuellen und sozialen Grundrechte, die wir in den nationalen Verfassungen festgeschrieben haben, setzen.

Wir fordern ein offeneres Europa und ein Ende der Festung Europa. Es müssen die Fluchtgründe bekämpft werden und nicht die Migration. Wie steht die SPE-Fraktion dazu?

Wir teilen die in eurer Frage zum Ausdruck kommende Meinung.

Gut. Wir fordern auch ein friedlicheres Europa. Wie steht die SPE-Fraktion zum geplanten Raketenschild in Osteuropa?

Wir waren vom ersten Tag an dagegen. Wir waren auch dagegen, dass die Bush-Administration Europa darüber spalten kann. Wir sind froh, dass dieses nutzlose Projekt von der Obama-Regierung ersetzt wird. Wenn es eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur in Europa geben soll, dann geht es sicherlich nicht gegen Russland, sondern man sollte versuchen sie mit Russland zu entwickeln.

Sollte die NATO noch weiter in den ehemaligen russischen Einflussbereich ausgedehnt werden?

Man wird souveränen Staaten nicht verbieten können der NATO beizutreten. Man sollte aber auch nicht Staaten ermutigen einen Konflikt herbeizuführen, den man vermeiden kann. Deshalb ist sicher zwischen der NATO-Mitgliedschaft, zum Beispiel von Ukraine und Georgien, oder einem Einbeziehen einer Kooperation mit diesen Staaten und Russland in eine gesamteuropäische Sicherheitsstrategie zu unterscheiden. Wir sind dafür, die NATO nicht zum Provokationsinstrument gegenüber Staaten zu machen, die wir für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung brauchen.

Siehst du eine Chance, Europa innerhalb des nächsten Jahrzehnts frei von Nuklearwaffen zu bekommen?

Ja, ich sehe die Chance, wenn man das will. Und wenn ich die Chance nicht sehen würde, hätte ich mich nicht so in meiner Funktion als Fraktionschef für die Debatte über nukleare Abrüstung eingesetzt.

Zu einer guten Wahlkampagne gehört auch immer die Zuspitzung bei Personen. Europawahlkämpfe sind bisher nicht besonders personifiziert. Warum stellt die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) keinen Gegenkandidaten gegen Barroso auf?

Ich habe an anderer Stelle gesagt, wir haben 19 von 27 Regierungschefs, die aus dem Mitte-Rechts Lager kommen, die dadurch eine qualifizierte Mehrheit im Rat haben. Barroso wird sicher im Rat vorgeschlagen. Im Übrigen haben auch einige sozialdemokratische Regierungschefs Barroso unterstützt, darunter Zapatero, Gordon Brown oder José Sócrates, was aus portugiesischer Sicht auch verständlich ist. Wenn der Lissabon-Vertrag in Kraft sein wird und der Kommissionspräsident auf der Grundlage der Ergebnisse der Europawahl gewählt wird, dann wird es Sinn machen als SPE einen solchen Kandidaten aufzustellen. Nun haben wir aber immer noch nicht den Lissabon-Vertrag, sondern den Nizza-Vertrag, in dem vorgesehen ist, dass der Rat dem Parlament einen Kommissionspräsidentenkandidaten vorschlägt. Da das voraussichtlich Barroso sein wird, aber völlig unabhängig davon ob er es tatsächlich ist, ziehe ich aufgrund der jetzigen Situation vor, dass wir Bedingungen definieren und zwar zum Beispiel den Vorrang des Sozialschutzes vor den Binnenmarktfreiheiten als Garantie durch den Kommissionspräsident dem Parlament gegenüber. Wer uns das garantieren kann, kann unsere Stimmen haben, ob er Barroso oder Lischen Müller heißt.

Noch mal zurück zu der Frage des personalisierten Wahlkampfes. Macht die SPD einen personalisierten Europawahlkampf?

Auf deutscher Ebene mit Sicherheit mit mir als Spitzenkandidaten und auch als Kandidaten für das Amt des deutschen Kommissars. Der wäre auch Vize-Präsident der Kommission und ich wäre sicherlich einer, der Barroso auf die Füße treten würde.

Martin Schulz kandidiert am 7. Juni als Spitzenkandidat der SPD für das europäische Parlament. Seit 1994 ist er Mitglied dort und seit 2004 als Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion Europas tätig. Ursprünglich stammt Martin Schulz aus Würselen im Kreis Aachen. Dort war er als Buchhändler und kommunalpolitisch tätig, u.a. elf Jahre als Bürgermeister der Stadt Würselen. In der Regio Aachen hat er nun auch seinen Wahlkreis für Europa. Wenn er neben der Politik noch Zeit findet, interessiert sich Martin Schulz für Fußball und Lesen.



Ausländerfeindlichkeit wird salonfähig

Nach einer Studie zu Jugendgewalt treten immer häufiger ausländerfeindliche Tendenzen bei Jugendlichen auf. Demnach offenbarten 14,4 Prozent der Befragten ein hohes Maß ausländerfeindlicher Einstellungen. Erste Schritte ins rechte Fahrwasser?

Politikverdrossenheit jetzt auch unter Studierenden

Nach einer Erhebung der Universität Konstanz waren Studierende noch nie so labil und gegenüber dem öffentlichen Leben so teilnahmslos wie heute. Nur noch 37 Prozent der Befragten interessierten sich für Politik. Im Jahr 1983 waren es immerhin noch 54 Prozent.

Datenschutz tritt auf der Stelle

Noch immer gibt es viele Baustellen im Bereich des Datenschutzes. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag stellt die Interessen der Wirtschaft über die der Verbraucher und hält eine Einwilligung des Kunden bei der Weitergabe persönlicher Adressen für eine Zumutung.

Europa verändern – Die Alternative heißt soziale Gerechtigkeit

Ein Gastkommentar von Nils Hindersmann

Am 7. Juni 2009 findet zum siebten Mal die Direktwahl des Europäischen Parlaments statt. Die europäische Wirtschaft steckt in der tiefsten wirtschaftlichen Krise seit dem 2. Weltkrieg und der neue Grundlagenvvertrag der EU steht womöglich vor dem endgültigen Aus. Kurzum: Europa steht vor großen Herausforderungen. Die Jusos wollen vor der Wahl politische Unterschiede deutlich machen und haben dabei drei Schwerpunkte: Das soziale Europa, das offene Europa und das friedliche Europa.

FÜR EIN SOZIALES EUROPA

In der derzeitigen europäischen Politik herrscht eine Art Vorfahrt für mehr Marktfreiheit, Deregulierung und Privatisierung vor. Diese Logik muss durchbrochen und um eine Regelung für eine gleichberechtigte Vorfahrt für soziale Themen ergänzt werden. Daher brauchen wir die Aufnahme einer Sozialklausel in den EU-Vertrag! Darüber hinaus brauchen wir mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa durch Investitionen in Bildung und Ausbildung. Dafür ist zunächst aber eine stabile gesamtwirtschaftliche Lage notwendig. Eine globale Finanzkrise, wie die aus 2008, darf sich nicht wiederholen. Daher ist es notwendig ein stabiles, staatlich reguliertes Finanz- und Bankensystem zu verwirklichen. Es sind aber auch soziale Mindeststandards für ganz Europa nötig, um ein Wettrennen zu den niedrigsten Sozial- und Arbeitsbedingungen in Europa zu vermeiden. Daher sind ein System europäischer Mindestlöhne und eine Mindestbesteuerung von Unternehmen nötig.

FÜR EIN OFFENES EUROPA

Mit dem Thema Migration wird Angst geschürt. Migranten werden für Kriminalität und sozialen Abstieg verantwortlich gemacht. So werden oft die Migranten bekämpft und nicht die wirklichen Gründe für die Flucht. Daher brauchen wir ein Europa, das die Fluchtgründe bekämpft durch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine bessere Klimaschutzpolitik. Die bisherige europäische Antwort auf die Flüchtlingsströme sind höhere Zäune und mehr Stacheldraht. Es müssen aber endlich mehr legale Möglichkeiten zur Einwanderung geschaffen werden. Ein europäisches Grundrecht auf Asyl ist daher genau so wichtig wie eine europäische Migrationspolitik, die nicht nur die Einreise für hoch qualifizierte Arbeitskräfte ermöglicht.

FÜR EIN FRIEDLICHES EUROPA

Abrüstung muss im Zentrum der gemeinsamen Europäischen Außenpolitik stehen. In den letzten Jahren fand ein Politikwechsel statt, von einer immer nur versprochenen Abrüstung, hin zu einer offenen Aufrüstung. Es ist eine neue Abrüstungsinitiative nötig, die von Europa ausgehen muss. Ein Raketenschild, wie in Osteuropa geplant, steht solchen Zielen entgegen. Schließlich muss Europa endlich zu einer atomwaffenfreien Zone werden.

Nils Hindersmann, geboren 1983, lebt und arbeitet in Hannover. Er ist Diplom-Ökonom und arbeitet als Gewerkschaftssekretär bei der IG BCE. Nils ist Vizepräsident der Young European Socialists (ECOSY) und Mitglied im Bundesvorstand der Jusos.

Geschichte bleibt machbar

Die 68er zwischen Revolte und neuer Bürgerlichkeit

Martin Timpe
liest Albrecht von Lucke

Als Student, und besonders als einer, der sich als Linker versteht, hat man natürlich eine Idee im Kopf, wenn es um das Jahr 1968 geht. Diese Idee ist einerseits geprägt von Respekt vor einer Generation, die wie keine andere nach ihr eine politische geworden und geliebt ist. Andererseits schwingen aber auch ein gewisser Überdruß an der Selbstbezogenheit dieser Generation und Enttäuschung über nicht eingelöste Versprechen gesellschaftlichen Fortschritts mit.

Im vergangenen Jahr wurde der Rückblick anlässlich des 40jährigen Jubiläums von 68 stark geprägt von Geschichten und Diskussionen über die RAF und den „Deutschen Herbst“. Diese Fixierung auf Gewalt und Terror, die von einem Teil ihrer Generation ausgingen, birgt die Gefahr, der großen Mehrheit der 68er Unrecht zu tun. Albrecht von Lucke interpretiert diese Fixierung als Teil des „Kampfs um die Deutungsmacht“

„Jegliches linke Experiment schien diskreditiert.“

über das Jahr 1968 und das, was von dieser politischen Generation bleibt. In seinem Essay „68 oder neues Biedermeier“ analysiert der Chefredakteur der renommierten *Blätter für deutsche und internationale Politik* die Versuche konservativer Meinungsmacher, die Deutungsmacht über 68 zu erringen.

Zunächst aber beschäftigt sich von Lucke unter der Überschrift „Das Rote Jahrzehnt“ mit den Jahren 1967-77 und der Erfindung der 68er. Von der Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 über die Auseinandersetzung zwischen Jürgen Habermas und der vermeintlich wahren Linken bis zur RAF wird nachgezeichnet, wie sich die 68er als Generation konstituierten, wogegen sie selbst sich anfänglich vehement gewehrt hatten. Dieser Abschnitt zieht die Leserinnen

und Leser in den Bann einer wirklich spannenden Zeit. Man spürt beim Lesen die Faszination, die von diesen Jahren bis heute ausgeht und wünscht sich unweigerlich dabei gewesen zu sein. Wenngleich klar ist, dass die gewaltsamen Aktionen der RAF keine politische Antwort der Linken auf gesellschaftliche Probleme sein können.

In einer kurzen Überleitung geht es um die Jahre 1978-2005. Albrecht von Lucke beschreibt unter der Überschrift „Der Marsch durch die Institutionen“ den Wandel von einem sehr positiven Blick auf 1968 zum 20jährigen Jubiläum im Jahr 1988 – „Alle lieben 68“ – bis zu einem abrupten Stimmungsumschwung, der vor allem durch die deutsche Einheit ausgelöst wurde. „Die Gegner der 68er hatten wieder Oberwasser“, so von Lucke. Kritik an der antiautoritären Erziehung, an einem Verlust an Gemeinschaftssinn und an der „moralischen Eigenbrötlerei der 68er Rebellen“ (Theo Sommer in der ZEIT) waren beliebte Themen der Feuilletons geworden. Für von Lucke erklärt sich dieser „völlige Umschlag“ mit dem „Zusammenbruch eines für unzerstörbar gehaltenen politischen Systems förmlich über Nacht“, welcher der Linken die Sprache verschlagen habe. „Jegliches linke Experiment schien diskreditiert.“

In dem bei Weitem ausführlichsten Kapitel, das sich mit den Jahren 2007/08 beschäftigt, diskutiert von Lucke den „Rückzug ins Private“ und die aus seiner Sicht zentrale Auseinandersetzung um die schon erwähnte Deutungsmacht. Wird die Deutung der 68er die Überhand gewinnen, die in den späten sechziger Jahren vor allem eine Verfallsgeschichte des Bürgertums sieht? Oder wird es gelingen, diesem verkürzten Bild von Bürgerlichkeit, das in erster Linie die bürgerlichen Lebensformen, die Ehe, die Familie, den Karrierewillen in den Vordergrund stellt und damit die Rückbesinnung auf den *bourgeois* der fünfziger Jahre und dessen privatistisch-ökonomische Ausprägung propagiert, ein neues Bild vom *citoyen* entgegenzusetzen, der republikanische Tugenden lebt und sich als Staatsbürger emanzipiert?

Wenngleich die Zitate aus dem konservativen Feuilleton beeindrucken, die von Lucke als Beleg dafür anführt, wie vehement von dieser Seite versucht wurde, die Deutungsmacht über 1968 zu erlangen, so kann man sich dennoch des Eindrucks nicht erwehren, dass der Autor stellenweise übertreibt – und zwar, was die Bedeutung einer Debatte angeht, die sich maßgeblich zwischen einigen wenigen Intellektuellen abspielt, die aber weite Teile der Bevölkerung gar nicht erreicht. Wie kommt es, dass ein so kluger Kopf so argumentiert? Weil er „die Debatte um 68 und die neue Bürgerlichkeit auch [für] eine Stellvertreterdebatte über die republikanisch-bürgerlichen Leitkategorien“ hält – „also über den Stellenwert von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit beziehungsweise Solidarität“.

Die abschließende Analyse von Luckes allerdings lässt an seine intelligenten Beiträge in den *Blättern* denken und scheint heute aktueller denn je: Man habe den Eindruck, dem Ende der utopischen Energien beizuwohnen. Die westlichen Gesellschaften erschienen zunehmend ratlos. „Anstatt eine kritische Bestandsaufnahme des westlich-kapitalistischen Weges vorzunehmen, verharren sie in rasendem Stillstand und bloßer Affirmation des Bestehenden, getreu dem fatalistischen Motto: Nach uns die Sintflut.“ Dem setzt von Lucke das Versprechen von 1968 entgegen: Geschichte bleibt weiterhin machbar – auch in Zeiten neuer Bürgerlichkeit.

Albrecht von Lucke (2008): 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin.

96 Seiten, EUR 9.90 [D]
ISBN 978-3-8031-2582-8

Ganz ohne Helau und Alaaf: Karneval mal anders

Florian Hillebrand im Gespräch mit Stefanie Schatte

Der Karneval der Kulturen in Berlin ist zu einem bundesweit bekannten Event geworden. Was macht aus Ihrer Sicht die Faszination an diesem Event aus?

Zu Pfingsten enthüllt Berlin seine verborgenen Schätze: Da wird mit einem Mal die ganze Vielfalt sichtbar und zum Greifen nah, die uns täglich umgibt, die wir aber – wenn überhaupt – nur selektiv wahrnehmen. Plötzlich bricht sie hervor, überwältigt uns, bringt uns zum Staunen. Jung und Alt erobern sich an diesem Tag die Straße zurück, um gemeinsam eine grandiose Party zu feiern und gleichzeitig ein politisches Statement abzugeben. Mir ist keine andere Veranstaltung bekannt, bei der sich rund 4500 Menschen unterschiedlichster Kulturen zusammenfinden, um ihre Identität in künstlerische Ausdrucksformen zu gießen und sie mit anderen friedlich und ausgelassen zu zelebrieren.

Können Sie noch ein bisschen ausführlicher den ursprünglichen Gedanken, der hinter dem Karneval der Kulturen steht, erläutern? Wann und wie hat alles angefangen?

Der Initiator und Veranstalter des Karnevals der Kulturen (KdK) ist die Werkstatt der Kulturen. Die Institution fördert das künstlerische Potential der in Berlin lebenden Zuwanderer und macht es erlebbar. Hier wurde die Idee des KdK geboren, vor dem Hintergrund der steigenden Internationalität der Stadt und der damit steigenden Zuwanderung aus der ganzen Welt. Der erste Umzug fand 1996 statt; damals noch auf einer anderen Umzugsstrecke, und ohne Straßenfest, das erst im Folgejahr hinzukam. Mittlerweile ist die Veranstaltung fest mit Berlin verbunden und nicht mehr wegzudenken.

Wie sind Sie persönlich zum Karneval der Kulturen gekommen? Was bewegt Sie jedes Jahr wieder die Organisation dieses Events zu übernehmen?

Ich bin über ein Praktikum hingestoßen. Für mich gibt es zahlreiche Gründe diese Veranstaltung mitorganisieren zu wollen. Es ist aufregend, wenn Menschen mit einer spannenden Idee zu uns kommen, die sie verwirklichen wollen. Meistens steckt sie noch in den Kinderschuhen und bis sie ihre letzte Form angenommen hat, ist es nicht selten ein monatelanger holpriger Weg für die Gruppen. Zu Pfingsten staunt man als Organisatorin nicht schlecht, was aus dem gegenstandslosen Entwurf von einst geworden ist, zumal man weiß, wie viel Herzblut in jeder einzelnen Präsentation steckt.

Können Sie uns einen kleinen Einblick geben, wie viel Arbeit die Vorbereitung der Veranstaltung so macht? Wie lange im Vorfeld fangen Sie an den nächsten Karneval zu planen?

Das Organisationsbüro arbeitet das ganze Jahr, wenn auch mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten. Auch bei uns gilt: Nach der Veranstaltung ist vor der Veranstaltung. Unter anderem kümmern wir uns um die Finanzierung, stellen Bühnen und Toilettenhäuschen auf, sperren Straßen ab – wenn auch nur gedanklich und auf dem Papier. Wir beraten die Umzugsgruppen, kümmern uns um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, sind Schnittstelle von Partnern, Polizei, Feuerwehr, Müllbeseitigung usw. Eine äußerst kleinteilige Angelegenheit.

Wie viele Menschen kommen jedes Jahr zum Karneval der Kulturen nach Berlin? Kommen die Menschen alle aus Berlin oder reisen sie von fern an?

Leider gab es aus finanziellen Gründen bisher keine professionelle Besucheranalyse mit einer entsprechenden repräsentativen Umfrage. Fakt ist, dass die meisten Besucher Berliner sind. Wir haben aber auch zahlreiche Besucher aus anderen Teilen Deutschlands, aus Europa und der ganzen Welt. Im letzten Jahr besuchten über die vier Festivaltage 1,5 Millionen Menschen die Veranstaltung.

Was werden die Highlights des diesjährigen Karnevals sein?

Bei einer Zeitung der Juso-Hochschulgruppen kann man davon ausgehen, dass die Leser besonders an politischen Inhalten interessiert sind, richtig? Deshalb soll an dieser Stelle auf die Gruppen im Umzug aufmerksam gemacht werden, die politisch brisante Themen künstlerisch umsetzen. Beispielsweise werden „Calaca“ und „El Patio“ humorvoll die Finanzkrise unter die Lupe nehmen, während „Schwizlii“ und die „Initiative für ein offenes Europa“ Einwanderung zu ihrem Thema machen.

In diesem Jahr gestalten wir das Straßenfest noch „grüner“ als bisher, das heißt wir konzentrieren uns auf die nachhaltige Durchführung des KdK. Passend dazu kann man auf der Wiese Recycling-Kostüme und Instrumente kreieren und sie als persönliches Kreativ-Highlight zur Schau tragen.

Und zum Schluss noch ein kurzer Satz, warum Studierende aus ganz Deutschland zum diesjährigen Karneval nach Berlin fahren sollten?

Nun, Studierende sind ja bekanntlich knapp bei Kasse: Wo, wenn nicht hier, bekommen sie eine Weltreise geschenkt?

Karneval der Kulturen

Ort: Berlin
Termin: Pfingstwochenende
Straßenfest: 29. Mai bis 1. Juni
Umzug: 31. Mai

Programm unter:
www.karneval-berlin.de

Historie: seit 1996 jedes Jahr
Teilnehmer 2008: 5500
Besucher 2008: 1,5 Mio

Schirmherrschaft: Klaus Wowereit,
Regierender Bürgermeister von Berlin
und Prof. Dr. Maria Böhmer, Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration
Karnevalbüro: Nadja Mau & Stefanie Schatte



www.bildblog.de

Atom-Sonne vergiftet Oma

Jeder kennt sie. Keiner liest sie. Deutschlands auflagenstärkste Tageszeitung: BILD.

Doch ganz so sieht die Realität nicht aus. Mindestens die Autoren von www.bildblog.de gehen der Lektüre eifrig nach. Ob es um die Verletzung von Persönlichkeitsrechten, Milchmädchenrechnungen oder Sinnentstellungen geht. Sie haben sich seit bald fünf Jahren zur Aufgabe gemacht Fehler, Irrtümer und schlechte Recherchen aufzudecken, dokumentieren diese detailliert im Internet und bescheren ihrem Blog damit täglich zehntausende Klicks. Auch 30 Jahre nach Günter Wallraffs „Anti-BILD-Trilogie“ ist die Kritik an der Qualität der meistgelesenen deutschen Tageszeitung allgegenwärtig. Wer fundierte Hintergrundinfos zur aktuellen Berichterstattung sucht, wird auf bildblog.de ebenso fündig wie der, der kurzweilige Ablenkung sucht und sich mit dem Schlagzeil-O-Mat und dem Erstellen von willkürlichen und absurden Schlagzeilen die Zeit vertreibt.

Adrian Bohn

www.npd-blog.info

Menschenfeinde unter Beobachtung

www.netzpolitik.org

Plattform für Freiheit

Der Blog netzpolitik.org befasst sich mit Datenschutz und verwandten politischen Themen. Er informiert regelmäßig über die nationale und internationale Gesetzgebung. Die Betreiber des Blogs haben es sich zur Aufgabe gemacht, „eine politische Plattform für Freiheit und Offenheit im digitalen Zeitalter“ zu bieten und Menschen zu zeigen, wie sie sich dafür engagieren können. Die Artikel sind gut recherchiert und aktuell. Die Diskussionen halten sich leider in Grenzen, sind aber sachlich und gut moderiert. 2005 wurde [Netzpolitik.org](http://netzpolitik.org) mit dem „Freedom Blog Award“ von Reporter ohne Grenzen für seinen Einsatz für die Meinungsfreiheit ausgezeichnet. 2008 folgte die Nominierung für den „Grimme Online Award“.

Patrick Ehinger

Überschrieben mit „Eine Dokumentation über die NPD und menschenfeindliche Einstellungen“ berichtet der Blog über aktuelle Geschehnisse im Zusammenhang mit der NPD. Die Bloggerinnen und Blogger beobachten sowohl bundesweite als auch lokale Aktivitäten der nationaldemokratischen Partei. So gibt es Kategorien zu allen Bundesländern, aber auch eine inhaltliche Abgrenzung der beobachteten Aktivitäten wie Antisemitismus, Antiziganismus oder Rechtsrock. Auch Aktivitäten im Bereich des Fußballs können hier verfolgt, kommentiert und diskutiert werden. Besonders gelungen sind bei npd-blog.info die stetige Aktualität und die große Vernetzungsleistung, die hier erreicht wird. Es gibt täglich mehrere aktuelle Beiträge aus den unterschiedlichsten Bereichen und die Leserinnen und Leser

werden umfangreich über rechte Geschehnisse und Gegenaktivitäten informiert. Die Anzahl der abgegebenen Kommentare deutet auf eine hohe Zahl an Besucherinnen und Besuchern hin und regt zum Mitdiskutieren an. Darüber hinaus gibt es eine Reihe interessanter Links zu Webseiten, die gegen rechte Aktivitäten arbeiten sowie Kontakte zu Beratungsstellen anbieten. Nicht zuletzt bietet das Archiv, in dem Artikel der letzten drei Jahre nachzulesen sind, eine schöne Recherchehilfe.

Florian Hillebrand

